

Grossratsgeschäfts-Nummer: 20/BS 46/450
Rechtsbuch-Nummer:
Departement: DBU

Bericht der Kommission zum Beschluss des Grossen Rates über das Kreditbegehren von 2.75 Mio. Franken für die Beschleunigung des Leuchtenerersatzes in der Kantonalen Verwaltung Thurgau

Präsident: Meier Felix, Dr. oec. HSG (pens.), Romanshorn

Mitglieder: Martin Oliver, Unternehmer, Leimbach
Nägeli Willy, a. Gemeindepräsident, Oberwangen
Opprecht Andreas, Gemeindepräsident, Sulgen
Pagnoncini Christina Larissa, Gemeindepräsidentin, Alterswilen
Peter Köstli Sabina, Gemeindepräsidentin, Hüttwilen
Rüegg Jost, Techniker TS, Kreuzlingen
Siegenthaler Patrick, Wirtschaftsinformatiker FH, Herdern
Stutz Raphael, Projektleiter, Sirnach
Thalmann Thomas, Elektroplaner, Güttingen
Walther René, Gemeindepräsident, Arbon
Wyss Roland, Bauleiter, Frauenfeld
Zuber Andreas, dipl. El.-Ing. FH, Märstetten

Beobachter: Mader Christian, Verkaufsleiter Schreinerei, Frauenfeld

Vertreter des Departements

Regierungsrat Dominik Diezi, Chef DBU
Erol Doguoglu, Kantonsbaumeister
André Juszko, Facility Manager, Hochbauamt
Margrit Salathé, Assistenz Amtsleitung, Hochbauamt
(*Protokollführerin*)

Die Kommission zur Vorberatung des Beschlusses des Grossen Rates über das Kreditbegehren für die Beschleunigung des Leuchtenerersatzes in der Kantonalen Verwaltung Thurgau behandelte die Vorlage in einer Sitzung und dankt den Vertretern des Departementes für Bau und Umwelt für die Begleitung der Verhandlungen.

2/3

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Kommission ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten.

Sie hat den Beschlussesentwurf wie folgt angenommen:

1. Für die Beschleunigung des Leuchtenersatzes in der Kantonalen Verwaltung Thurgau wird ein Rahmenkredit von 2.75 Mio. Franken bewilligt.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Allgemeines

Nachdem der vergangene Winter dank moderater Temperaturen und diverser Sparbemühungen im energetischen Bereich verhältnismässig gut bewältigt wurde, geht es nun darum, in diesen Bemühungen nicht nachzulassen. Dazu sollen jene Leuchtmittel in der kantonalen Verwaltung ersetzt oder mit entsprechenden Steuerungen ergänzt werden, welche die Energiestandards nicht erfüllen und damit nicht den gewünschten Spareffekt erzielen können.

Für dieses Vorhaben werden 2.75 Millionen Franken beantragt.

Eintreten

Die Kommission ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten.

In den einleitenden Erläuterungen wurde von Seiten des Departements darauf hingewiesen, dass der Kanton eine Vorbildfunktion habe und deshalb im Herbst 2022 der Energiesparallianz beigetreten ist. Das Ziel dabei ist, bei Strom und Gas 15% des Verbrauches einzusparen. In diesem Zusammenhang sollen die bereits laufenden Arbeiten des Hochbauamtes beim Ersatz der Leuchten intensiviert und beschleunigt werden. Im Sinn des Energiesparbeitrages sollen veraltete Leuchten (T8-Leuchtmittel) so rasch wie möglich durch moderne LED-Leuchtmittel ersetzt werden.

Konkret handelt es sich dabei um den Ersatz von 5'500 Leuchten zu einem durchschnittlichen Preis von 500 Franken.

Dieser Betrag kann nicht über das ordentliche Budget (Budget 2023 letzten Herbst verabschiedet) abgewickelt werden, weshalb ein Rahmenkredit gemäss § 22 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates (FHG; RB 611.1) beantragt wird.

Wegen des ab August 2023 geltenden Verkaufsverbotes für die bisherigen Leuchtmittel sollen konsequenterweise alle T8-Leuchten ausgewechselt werden. Zudem sind die neuen Typen (der grosse Teil der bisherigen Leuchten ist 20-jährig und älter) individuell auf die Umgebung einstellbar, was zusätzliche Spareffekte generieren sollte.

3/3

Da rund 160 Objekte von einem Ersatz betroffen sein werden, wird die Ausschreibung (wahrscheinlich Einladungsausschreibung) in verschiedenen Losen erfolgen. Diese sollen so bald als möglich erfolgen.

Beschlussfassung

Mit 12 : 0 Stimmen stimmt die Kommission dem Kreditbegehren von 2.75 Mio. Franken für die Beschleunigung des Leuchtersatzes in der Kantonalen Verwaltung Thurgau zu.

Romanshorn, 24. April 2023

Der Kommissionspräsident

Felix Meier

Beilagen:

Entwurf der vorberatenden Kommission